

KLARTEXT

IN
BLAU

BRIGITTENAU



So werden soziale Netze zerstört! (Seite 2)

AT18 und der lange Arm der Türkei! (Seite 2)

Schutz suchen vor Schutzsuchenden (Seite 3)

S 45 bis zur S 80 Haltestelle Praterkai verlängern (Seite 5)

Blue is the new green!(Seite 6)

Laute Afrika Tage auf der Donauinsel (Seite 7)

Der 5er (Seite 7)

Geschäftsterben rund um den Allerheiligenplatz (Seite 8)

Brennpunktschulen (Seite 9)

Asylconnection - Mindestsicherung (Seite 9)

Leserbriefe (Seite 10)

Biber und Baum (Seite 10)

Kinderfasching (Seite 11)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Leserin, geschätzter Leser!

So werden soziale Netze zerstört! Mindestsicherung in Wien wird unfinanzierbar!



Eine funktionierende Gesellschaft kümmert sich auch um all jene aus ihrer Mitte, die von gesundheitlichen, sozialen oder finanziellen Problemen betroffen sind. Daher wurde in den letzten Jahrzehnten in Österreich ein soziales Netz gespannt, das Menschen, die sich auch geistig mit Österreich verbunden fühlen, auffangen soll. Die Finanzierung erfolgt mit Steuergeld, das vom Volk erwirtschaftet wird und vom Staat sorgfältig eingesetzt werden muss. Einige dieser Leistungen sind als vorläufige Überbrückung einer Notlage und nicht als Dauereinkommen gedacht.

Durch Zuwanderung samt Familiennachzug und Schein-Asylanten wurde dieses soziale Netz in den letzten Jahren derart belastet, dass es bereits unfinanzierbar geworden ist. Mit der sogenannten „Flüchtlingswelle“ kollabiert jetzt neben dem Gesundheitssystem auch die bedarfsorientierte Mindestsicherung (Sozialhilfe). Die wenigsten dieser „Flüchtlinge“ werden sich jemals selbst erhalten können. Warum auch? Denn ein Rechnungshof-Rohbericht zeigt das Beispiel auf, dass ein erwerbsloses Paar mit fünf Kindern in Wien mit Mindestsicherung, Familienbeihilfe und Kindergeld auf ein monatliches Netto-Einkommen von 3.200 Euro kommt. Allein der Anteil der Mindestsicherung beträgt dabei 2.000 Euro.

Durch Zuwanderung samt Familiennachzug und Schein-Asylanten wurde dieses soziale Netz in den letzten Jahren derart belastet, dass es bereits unfinanzierbar geworden ist. Mit der sogenannten „Flüchtlingswelle“ kollabiert jetzt neben dem Gesundheitssystem auch die bedarfsorientierte Mindestsicherung (Sozialhilfe). Die wenigsten dieser „Flüchtlinge“ werden sich jemals selbst erhalten können. Warum auch? Denn ein Rechnungshof-Rohbericht zeigt das Beispiel auf, dass ein erwerbsloses Paar mit fünf Kindern in Wien mit Mindestsicherung, Familienbeihilfe und Kindergeld auf ein monatliches Netto-Einkommen von 3.200 Euro kommt. Allein der Anteil der Mindestsicherung beträgt dabei 2.000 Euro.

Die freiheitliche Forderung nach einer notwendigen Reform der Mindestsicherung in Wien wurde mit der rot-grünen Mehrheit vehement abgeschmettert. Es ist ihnen völlig gleichgültig, dass sie mit dieser unverantwortlichen Vorgehensweise noch mehr Flüchtlinge direkt in die Mindestsicherung locken. Der nun bekanntgewordene Rechnungshof-Rohbericht über den Sozialmissbrauch bei der MA 40 (Sozialamt) zeigt, dass unüberprüft Geld an vorstellig gewordene Menschen ausgezahlt wurde. Fantasie-Identitäten und sonstige unüberprüfbare Angaben führen dazu, dass man als subsidiär Schutzberechtigter nicht abgeschoben werden kann und daher Geld zu erhalten hat.

Die dramatische Entwicklung wird darin sichtbar, dass 2011 „nur“ 362 Millionen Euro aber 2016 bereits 656 Millionen Euro ausbezahlt wurden. Hochgerechnet auf das Jahr 2020 würden demzufolge laut Rechnungshof die Ausgaben für die Mindestsicherung auf 1,6 Milliarden Euro explodieren.

Die für das Desaster verantwortliche SPÖ-Stadträtin Wehsely wird für ihr Versagen nicht zur Verantwortung gezogen. Sie hat sich ja elegant nach Deutschland zu Siemens abgesetzt. Ein Skandal!

Meint Ihr

LABg GR Gerhard Haslinger

Liebe Brigittenauerinnen, liebe Brigittenauer!

ATIB und der lange Arm der Türkei!



Am 3. März erschien im „Kurier“ ein Artikel mit der Überschrift „Die Islamischen Schattenschulen“ in dem über den Koranunterricht in Moscheen in Österreich und die dabei stattfindende Indoktrinierung von Kindern und Jugendlichen berichtet wird. Da konnte man wörtlich lesen: „Schon die kleinen Mädchen, nicht älter als neun Jahre, sitzen mit einem Kopftuch in der Klasse. Aufgenommen wurde das Bild in einer Nachmittagsschule für Korankurse des türkischen Moscheenverbands ATIB in Wien-Brigittenau.“

Na schau! Vor fast 10 Jahren berichtete dieselbe Zeitung unter Chefredakteur Dr. Brandstätter äußerst negativ über Menschen, die gegen ATIB demonstrierten. So lange ist es jetzt nämlich her, seitdem die Pläne der „Türkisch Islamischen Union in Österreich“ (ATIB) für den Ausbau der Moschee in der Dammstraße 37 bekannt wurden. Dies führte daraufhin zur Gründung der „Bürgerinitiative Dammstraße“ und in weiterer Folge zu einer großen Demonstration gegen das geplante Megaprojekt eines 7-stöckigen türkisch-islamischen Zentrums.

Seitens der BI Dammstraße wurde aber nicht nur gegen das Moscheeprojekt Widerstand geleistet, sondern es wurde und wird auch der politische Hintergrund des Trägervereins ATIB deutlich aufgezeigt. Dieser Verein ist nämlich direkt dem türkischen Religionsministerium unterstellt und damit im unmittelbaren Einflussbereich der türkischen Regierungspartei AKP bzw. des Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Dessen – ursprünglich vom türkischen Dichter Ziya Gökalp stammender – Spruch „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten,“ der lange Jahre von vielen Politikern in Österreich aber auch anderswo ignoriert wurde, und der heute mehr denn je Erdoğan's tatsächliche Einstellung zeigt, ist seit der Gründung der BI Dammstraße auf deren Homepage nachzulesen.

Während die FPÖ die Bürgerinitiative Dammstraße – ein Zusammenschluss ehrenamtlich tätiger Anrainerinnen und Anrainer – von Anfang an unterstützte, wurde diese von SPÖ, Grünen und ÖVP nicht nur allein gelassen, sondern darüber hinaus auch von Politikern, vor allem der SPÖ, mit Worten wie Hassprediger, Rechtsextremisten, ja sogar als Nazis verunglimpft.

Es ist geradezu ein Treppenwitz der Geschichte, dass ausgerechnet jener Recep Tayyip Erdoğan jüngst Deutschland „Nazi-Praktiken“ vorwarf und die Niederländer – ihr Land war bekanntlich im 2. Weltkrieg vom damaligen Deutschen Reich besetzt – als „Nazi-Überbleibsel“ und „Faschisten“ verunglimpft, meint Ihr *Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Grausam*

Impressum:

© by FPÖ-Brigittenau 2017

Herausgeber: FPÖ Brigittenau; 1200 Wien, Rauscherstraße 7, +43 (0) 1/330 66 66; brigittenau@fpoe-wien.at

„Klartext in blau“ versteht sich als Forum freiheitlich denkender Menschen, das vor allem Bezirks- und Wien-Themen behandelt. Die gezeichneten Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für den Inhalt der gezeichneten Beiträge sind deren Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Der Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Brigittenau;

Layout und Satz: Wolfgang Sehner; wolfgang.sehner@aon.at

Titelbild: Quelle: Wolfgang Sehner; Druck: Druckteam Burkert GmbH.; 2486 Pottendorf; Industriestraße 5.

Erscheinungsform: vierteljährlich, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.

Leserbriefe können aus Platzgründen nicht immer publiziert werden. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingereichte Beiträge zu bearbeiten. Ein Recht auf Abdruck besteht jedoch nicht. Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Schutz suchen vor „Schutzsuchenden“?

„Innsbruck schlägt Köln“, das galt an diesem Jahresanfang nicht für ein Fußballtestspiel, sondern für die Zahl der bekannt gewordenen sexuellen Übergriffe sogenannter Schutzsuchender (in Innsbruck dürfte es sich durchwegs um Afghanen gehandelt haben) auf österreichische Frauen. Die Krone sprach von der „Schande von Innsbruck“. Wie reagierte die verantwortliche Politik? Innenminister Sobotka rief zu mehr Zivilcourage auf. Man solle „eingreifen“. Man darf gespannt sein wie die linken Mainstream-Medien reagieren, sollten sich tatsächlich Österreicher zum Eingreifen entschließen, würden sie Zeugen einer sexuellen Belästigung. Immerhin könnten der oder die Täter dabei mehr oder weniger unsanft an der weiteren Verübung ihrer Un-Tat gehindert werden. Dann wird die Frage nach einem möglichen politischen Hintergrund der „Tat“ nicht lange auf sich warten lassen. Denn zur Tat wird dann medial ja vermutlich die Rettungsaktion der Helfer gemacht.

Viele Österreicher haben Angst! Und mit der fühlen sie sich im Stich gelassen. Von politisch Verantwortlichen, die Frauen Mini-Selbstverteidigungskurse empfehlen, um sich im Bedarfsfall (zumeist einer Gruppe) kräftiger Männer zu erwehren. Die ihnen raten „eine Armlänge Abstand“ zu „Antänzern“ zu halten. Die an Besucherinnen eines Silvesterpfads Taschenalarmgeräte verteilen lassen, um auf die offensichtlich erwarteten (sexuellen) Belästigungen per Sirene aufmerksam machen zu können. Wer in weiterer Folge den Schutz und Hilfe suchenden Frauen Schutz und Hilfe gewährt? In Innsbruck hat das zur Jahreswende offenbar nicht so ganz funktioniert.

Im Übrigen: Seriöse Sicherheitspolitik beginnt an der Grenze, nicht auf dem Silvesterpfad. Die üblichen Beschwichtigungen aber auch nach dem Terroranschlag



Foto: Internet

in Berlin alles, um die Spaßgesellschaft nicht hart auf den Boden der Realität fallen zu lassen. Seitenweise verkündeten Medien trügerische Diagnosen und Sicher-



heiten, dümmliche Trotzphrasen wie: „Wir machen weiter wie bisher“ und: „Shoppieren wie geplant“. Dazu schwammige Durchhalteparolen, weil „wir uns nicht unterkriegen lassen dürfen“ – und also im Klar-

text weiter unkontrolliert Fremde ins Land winken sollen. Unter denen erfahrungsgemäß wieder zahlreiche Radikale oder Radikalisierungsbereite sein werden. Die dann vielleicht, nach vollbrachter Tat, wenn es zu spät ist, als den Behörden bekannte „Gefährder“ enttarnt werden. Obwohl man sich noch nicht ganz einig ist wie man einen „Gefährder“ eigentlich genau definiert. Für die Sicherheitspolitik gilt: bitte präventiv statt posthum! Und: die Polizei selbst kann nichts dafür, dass bei ihr durch politisch Verantwortliche der Sparstift angesetzt und damit ihre Arbeit erschwert wird. Parallel zu ausufernder Kriminalität.

Nicht alle sind nachher gescheiter

Statt zu erklären: „Wir leben trotz eures Terrors weiter wie bisher!“ wäre sehr viel wichtiger mögliche Terroristen rechtzeitig aus dem Land zu verabschieden. Oder, noch besser, sie erst gar nicht hereinzulassen. Dazu muß man sie aber erkennen. Und das funktioniert nur mit entsprechenden (Grenz)Kontrollen. Es gibt kein Naturgesetz, das besagt man müsse Menschen in seiner Heimat dulden, die Land und Bewohner derart verachten, dass sie auch vor gezielten Angriffen und Mord nicht zurückschrecken. Die nur scheinbar aus Charakterstärke resultierende Konsequenz, die im Trotz danach sichtbar wird, bräuchten wir dringend bei der Ursachenbekämpfung. Dieselben Medien, Politiker und Behördenvertreter, die angesichts menschenverachtenden Terrors die Bewahrung der eigenen Lebensart und Kultur im Munde führen,



Foto: Internet

wo sind sie, wenn es darum geht Zuwanderern dasselbe abzuverlangen? Und zwar bevor sie zwar finanziell, nicht aber sprachlich oder kulturell „integriert“ werden. Wie es sehr oft der Fall ist. Dieselbe Konsequenz, die sich bei den Sonntagspredigten der Betroffenheitsredner zeigt brauchen wir in der – präventiven – Sicherheitspolitik. Dann wäre der bereits in Italien über Jahre im Gefängnis gewesene Attentäter von Berlin niemals nach Deutschland gelangt. Dann wäre er nicht Stunden nach der Tat vor einer Berliner Moschee fotografiert worden. Und dann wäre er nicht unbehelligt von Berlin, über Frankreich, nach Italien gereist. Nach der Tat!

Ehrliche Konsequenz, die dem Schutz der eigenen Bevölkerung dient (eigentlich oberster Auftrag aller Volksvertreter) verträgt sich mit offenen Grenzen gar nicht. Denn der Verzicht auf Grenzkontrollen heißt (Ein- und Aus-) Reisefreiheit für alle, eben auch für Verbrecher, Gewalttäter und Terroristen.

Die Unterwerfung der europäischen Gesellschaften gegenüber einem aggressiv fordernden Islam ist in vollem Gange. Dass dies ohne Not, aus eigenem Antrieb geschieht, von einem geradezu lüstern sich selbst in den Untergang feiernden Jubelchor begleitet, ist unappetitlich. Abstoßend. Und tragisch, in den sich häufenden täglichen „Einzelfällen“, die Kinder, Frauen und Männer zu Opfern einer feindlichen Landnahme machen. Die ihnen als „offene Gesellschaft“ und „Willkommenskultur“ schmackhaft gemacht wird. Von Verantwortungsträgern, die auch heute keine Antworten geben, keine Lösungen anbieten. Deren Nichthandeln immer mehr Europäer so übersetzen: Eure Toten interessieren uns nicht. Eure Zukunft ist uns egal.

Wie war das nach Berlin? Gesicht und Name des Täters waren in allen Medien. Ihm wurde ein Recht auf Individualisierung gegeben. Auf Aufmerksamkeit. Die



Foto: Internet

ihn, ganz nebenbei, auch zum Helden ähnlich tickender Wirrköpfe macht und damit womöglich beiträgt potentielle neue Täter zu formen.

Die Opfer bleiben namenlos

Wo blieben aber Gesichter und Namen der Opfer? Werden ihre Lebensgeschichten ausgebreitet? Wird ihrer gedacht?... Das wäre pietätlos? Ist ihrem Andenken mehr gedient, wenn ihr Tod der Vergessenheit überlassen wird, während man Tat und Lebenslauf des Täters genüsslich seziert? Da der zur Medienikone gemachte „Gotteskrieger“. Dort die stummen Opfer seines Wahns.

Die Opfer bleiben namenlos. Und gesichtslos. Wirklich nur aus Rücksichtnahme auf Hinterbliebene? Immerhin kann sich niemand mit anonymen Nummern einer Sterbestatistik identifizieren. Damit ist jede Gefahr gebannt, die Toten könnten zu Mahnmalen einer dramatischen Fehlentwicklung werden. Das stille Sterben unschuldiger Menschen ermöglicht so die weitere Verschleierung des langsamen Sterbens der Gesellschaft, der sie angehörten. Müssen deshalb ihre Geschichten totgeschwiegen werden? Weil sonst Emotionen hochkochen könnten, die nicht willkommen sind?

Opferschutz kann nicht darin beste-

hen Opfer rasch vergessen zu machen, um mögliche künftige Opfer gar nicht erst auf die Idee kommen zu lassen, daß sie als Opfer angesehen werden. Aus, wie sollte man es sonst nennen: rassistischen Gründen! – Von Menschen, die einer anderen Kultur angehören, die der gastgebenden Kultur teilweise feindselig gegenübersteht. Wie es in Islamismus und Radikalislam der Fall ist. Denn hier zählen die „Ungläubigen“ nicht als Menschen. Entsprechend werden sie behandelt. Entsprechend müssen europäische Politiker aber auch den Schutz ihrer Bevölkerungen sicherstellen. Ohne falsche Toleranz. Mit rigorosen Kontrollen wer ins Land kommt.

Genderfrei, nix dabei

In der vorletzten BV-Sitzung wurden den Bezirksräten der Brigittenau Musterentwürfe für ihre zu bestellenden Visitenkarten vorgelegt. Die männlichen Bezirksräte der FPÖ Brigittenau nehmen ohne Groll zur Kenntnis, daß darauf ausschließlich die weibliche Form der „Musterfrau“ und „Bezirksrätin“ abgedruckt war. Denn obwohl man uns gerne Sexismus und ähnlichen Unsinn unterstellt, haben wir damit kein Problem und fühlen uns ausdrücklich nicht diskriminiert! Denn auf den Visitenkarten wird dann ja ohnedies alles passen. Unser Rat an Brachial-Gender-Beauftragte und Sexismus-Einbilder: Nehmt es, wie wir, locker und gelassen. Das Leben gewinnt dadurch an Qualität.



Foto: Internet

	Beate Musterfrau Bezirksrätin Sozialdemokratische Partei Brigittenau
	



Foto: Grausam

S 45 bis zur S 80 Haltestelle Praterkai verlängern!

Bereits der 1990 von der Bezirksvertretung bzw. 1991 vom Wiener Gemeinderat einstimmig beschlossene Bezirksentwicklungsplan Brigittenau geht von einer Verlängerung der Vorortelinie (S 45) von Heiligenstadt über die Gleise der Donauuferbahn entlang des Handelskais bis zur Ostbahn und weiter bis zum Südbahnhof (bzw. nunmehr zum Wiener Zentralbahnhof) aus.

Davon wurde bisher allerdings nur

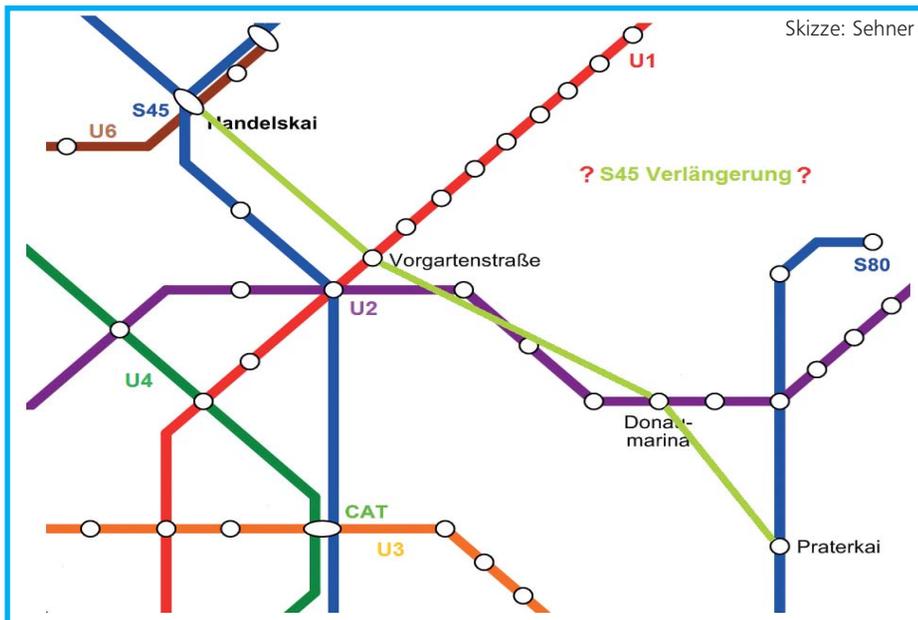
die Teilstrecke bis zur Millennium City (Station „Wien Handelskai“) und damit eine wichtigen Verbindung in die westlichen Wiener Bezirke realisiert. Mit einer weiteren Verlängerung der S 45 nach Osten mit Anbindungen an die U 1 (bei der Reichsbrücke) und die U 2 (Station Donaumarina) sowie die S 80 wäre für den 20. Bezirk ein zusätzliches attraktives Angebot am öffentlichen Verkehrssektor verbunden.

Im Juni 2016 wurde nun zwischen dem Verkehrsministerium, der Stadt Wien und der ÖBB ein 450 Millionen Euro schweres S-Bahn-Investitionspaket abgeschlossen. Leider enthält dieses jedoch keine Pläne für eine Verlängerung der S 45.

Unmittelbar danach veröffentlichte die Arbeiterkammer Wien unter Bezugnahme auf eine von ihr in Auftrag gegebene Studie „S-Bahn in Wien – Chance für die wachsende Stadt“ ein Fünf-Punkte-Paket, in dem u.a. ein weiterer sinnvoller Ausbau des Wiener Schnellbahnnetzes und darunter auch die Verlängerung der S 45 entlang der Donau bis zum Praterkai gefordert wird.

Pro Kilometer kommt der Ausbau einer bestehenden S-Bahn-Trasse auf 35 Millionen Euro. Ein U-Bahn Neubau in Hochlage kostet 120 Millionen Euro, im Tiefbau sogar 220 Millionen Euro!

Die FPÖ Brigittenau hat daher in der Februarsitzung der Brigittenauer Bezirksvertretung einen Antrag gestellt, mit dem nachdrücklich eine Verlängerung der S 45 bis zur Ostbahn (S 80 Haltestelle Wien Praterkai) gefordert wird. Dem schlossen sich schließlich auch alle anderen Fraktionen des Bezirksparlaments an und der FPÖ-Antrag wurde daher einstimmig angenommen!





Blue is the new green - Umweltpartei FPÖ

Liebe Brigittenauer Mitbürger stellen Sie sich vor: Endlich Urlaub, morgen in der Früh geht's los. Ein letzter Blick in den Kühlschrank. Wie bei den meisten quillt dieser über: Er ist voller Lebensmittel, die nach dem wohlverdienten Urlaub leider nicht mehr genießbar sein werden. Was tun?

Einer Studie des Instituts für Abfallwirtschaft unserer Universität für Bodenkultur aus dem Jahre 2012 zufolge, werden in Österreich enorme Mengen an nicht verdorbenen Lebensmitteln einfach über den Hausmüll entsorgt.

Abgesehen von den katastrophalen humanitären und ethischen Aspekten dieser Tatsache, verursacht dies auch einen Schaden von über einer Milliarde Euro jährlich.

Uns Freiheitlichen, als Vertreter der einzig wirklich sozialen Heimatpartei ist diese Tatsache natürlich ein Dorn im Auge.

Wenn diese Lebensmittel wenigstens dem Biomüll zugeführt würden, hätten sie einen allerletzten Sinn, aber sie werden einfach achtlos in die schwarzen Tonnen geworfen.

Unter dem Motto: „Lebensmittel teilen statt wegwerfen“ stellt man einen öffentlichen Kühlschrank – einen sogenannten „Fairteiler“ – zur Verfügung, der von jedermann mit übrig gebliebenen oder zu viel gekauften Lebensmitteln befüllt werden kann. Gewartet wird dieser „Fairteiler“ vom Verein: foodsharing.at

Deshalb haben wir, der Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien – Brigittenau, in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirkes am 22. Februar 2017 die Kontaktaufnahme mit einem Mitglied dieses Vereins beantragt, und fordern die Aufstellung von mindestens einem Kühlschrank in unserem Bezirk.

Wir sollten so schnell wie möglich einen dieser Kühlschränke installieren und so unseren bedürftigen Mitbürgern eine Chance bieten, kostenfrei und unbürokratisch an Lebensmittel zu kommen.

Mittlerweile gibt es in 13 Wiener Gemeindebezirken – teilweise sogar an mehreren Stellen – solche „Fairteiler“ und wir Brigittenauer wollen und sollen bei diesem Sozialprojekt nicht das Schlusslicht in Wien sein!

Obstragend Sträucher in Parks

Uns Brigittenauer Freiheitlichen liegt Nachhaltigkeit und Umweltschutz wirklich am Herzen, deshalb haben wir den Antrag auf Pflanzung obstragender Sträucher in öffentlich zugänglichen Grünanlagen auch mitunterschrieben.

Durch die Pflanzung von obstragenden Sträuchern, können sowohl Kinder als auch Erwachsene miterleben wie Früchte wachsen und reifen. Sie können einen stärkeren Bezug zur Natur herstellen, nicht alles kommt aus dem Supermarkt.

Doch nicht nur die Bewohner und Anrainer profitieren von diesem Angebot, auch Vögel und andere Tiere können Sträucher und Bäume als Nahrungsquelle nutzen. Was die FPÖ übrigens schon in einem Antrag 2011 feststellte!

Mauersegler schützen

Und noch ein drittes Naturschutz- bzw. Tierschutzthema wurde von uns Freiheitlichen bei der Bezirksvertretungssitzung zur Sprache gebracht:

Das nach Plänen von Otto Wagner erbaute Verwaltungsgebäude der Nussdorfer Wehr- und Schleusanlage am Brigittenauer Sporn 7 wird derzeit saniert. Die tellerförmigen Zierelemente und Hohlräume



me an der Unterseite des Daches dienen dem Mauersegler für viele Jahre als Nistplätze. Alternative Nistgelegenheiten findet der Segler in der Umgebung kaum.

Der Mauersegler – Vogel des Jahres 2003 – ist in Wien gemäß Wiener Naturschutzverordnung streng geschützt, wobei der Schutz auch die Nistplätze umfasst.

Daher wollte unser BR Michael Howanietz von Bezirksvorsteher Derfler Auskunft darüber, ob die Wiener Umweltschutzabteilung (MA 22) mit dem Umbau des Verwaltungsgebäudes befasst ist und ob der Fortbestand der dortigen Brutkolonie der Mauersegler nach Abschluss der Sanierungsarbeiten gesichert sei.

Nachdem der Herr Bezirksvorsteher in der Februarsitzung der Bezirksvertretung noch mitteilte, dass die MA 22 mit dieser Angelegenheit nicht befasst sei, korrigierte es diese Aussage im März dahingehend, dass die Umweltschutzabteilung sehr wohl bei den Sanierungsarbeiten eingebunden sei und dass beim Umbau darauf Bedacht genommen werde, die Brutkolonie des Mauerseglers zu erhalten.

Wir Freiheitliche werden auch weiterhin Umweltschutz und Tierschutz in der Brigittenau im Auge behalten, auch wenn es sich manchmal nur um einen kleinen Zugvogel wie den Mauersegler handelt.

Denn: **BLUE IS THE REAL GREEN**

BR Mag Birgit Kopschar



Foto: Internet

Laute Afrika Tage auf der Donauinsel!

Bis zum Jahr 2015 fanden die jährlich veranstalteten Afrika Tage auf dem nahe des Schulschiffs bzw. der Floridsdorfer Brücke gelegenen Veranstaltungsort auf der Donauinsel statt.

2016 wechselte jedoch der Veranstaltungsort auf eine Fläche stromabwärts des Georg Danzer-Stegs bzw. der Nordbahnbrücke. Dieser Bereich liegt gegenüber den Fenstern der aus fünf Stiegen mit insgesamt mehr als 200 Wohnungen bestehenden Wohnhausanlage am Handelskai 102 - 112 bzw. Donaueschingenstraße 32/Stiege 6.

Die Bewohner dieser Wohnhausanlage waren dadurch in einem Zeitraum von 18 aufeinander folgenden Tagen (!) erheblichen Lärmbelastungen ausgesetzt, die noch dadurch verstärkt wurden, dass Veranstaltungen (Konzerte) und Gastronomiebetrieb (mit Musik) regelmäßig über die genehmigte Zeit von 23:00 Uhr hinaus andauerten. In diesem Zusammenhang kam es Informationen zufolge auch zu mehreren Anrufen von Bewohnern bei der Polizei und einmal sogar zu einer zwangsweise angeordneten Räumung der Bühne um Mitternacht.

2017 werden die Afrika Tage in der Zeit vom 18. August bis 5. September stattfinden, wobei der Homepage zu entnehmen ist, dass „Location wie 2016, wieder der neue Platz auf der Donauinsel sein wird.“

FPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Grausam machte daher diese Thematik zum Gegenstand einer Anfrage im Brigittenauer Bezirksparlament. Dabei wurde seitens des Bezirksvorstehers Derfler (SPÖ) bestätigt, dass es 2016 diesbezügliche Beschwerden von Brigittenauer Bürgern gab. Zuständig für die Genehmigung dieser Veranstaltung ist jedoch der 21. Bezirk.

BV-StV Grausam fordert: „Länger als 4 bis 5 Tage andauernde Veranstaltungen, bei denen mit erheblicher Lärmentwicklung zu rechnen ist, sollen in Hinblick in anderen Bereichen der Donauinsel abgehalten werden!“



Foto: Internet

Der Drogen-5er

Die längste und älteste Straßenbahnlinie Wiens ist die Linie 5. Mehr oder weniger liebevoll dargestellt von Herrn Pichowetz im Kaisermühlensblues.

Dass in dieser, unseren Bezirk durchquerenden Linie schon seit vielen Jahren ungeniert und offen mit Drogen gedealt wird, ist bekannt.

Man kann ein- und aussteigen, wo man will, man wird Zeuge des Gift-handels.



Foto: Sehner

War man früher nur unfreiwilliger Beobachter, ist man heute nicht nur mit lästigen, oft schon bedrohlichen Offerten konfrontiert, sondern auch gezwungen sich die mittlerweile ebenso ungeniert ausgetragenen Revierkämpfe anzusehen bzw. diesen auszuweichen.

Da prügeln und beschimpfen sich junge Männer – mitunter sogar auf – eventuell in Wertekursen aufgeschnapptem Deutsch. Sie fürchten sich sichtlich mehr voreinander als vor der Polizei.

Der ohnehin schon ausgedünnten Polizei obliegt nun die Aufgabe, die zahnlose Security für die Wiener Linien abzugeben und schreckt natürlich die bestens informierten Dealer in keinsten Weise ab. *BR Susanne Chirkov*



Foto: Internet

Direkt vom Stammtisch

Da meint Herr A. (in herzhaftem, hier wegen der besseren Lesbarkeit eingedeutschtem Dialekt): „Habt ihr die Herrschaften gesehen, die zu hundert die Grenzzäune in Ceuta (spanische Exklave in Marokko, Anm.) überklettern? Fesch! Da ist mehr Aggressivität in zehn Stimmen als bei uns im vollen Stadion, wenn die Heimmannschaft durch Schiedsrichter-Beschiss verliert. Da sind mehr aktive Muskelfasern in einem dieser jungen schwarzen Männer als du sie bei uns in einem ganzen Wohnblock findest. Was sagt und das über kommende Wickel in Europa, wo gerade 6 Millionen Afrikaner – auch fast nur junge Männer! – auf die Fahrt übers Mittelmeer warten?! Und die Wickel kommen, glaubt mir das.“



Foto: Internet



Foto: Internet

Geschäftsterben rund um den Allerheiligenplatz



Fotos: Tickert



Nicht nur die ehemalige Zielpunkt-Filiale in der Donaueschingenstraße steht bis dato leer.

Immer mehr Geschäftsleute sehen sich gezwungen die Pforten ihrer Lokale zu schließen, wie sie anschaulich den beigefügten Bildern entnehmen können.

Der Textilverkauf der Firma Hinschitzka (Donaueschingenstraße/Ecke Allerheiligenplatz), welcher jahrzehntelang Käufer auch aus den umliegenden Bezirken anzog, befand sich in einem Altbau und

es ist anzunehmen, dass aufgrund der vor geraumer Zeit durchgeführten Sanierungsarbeiten des Wohnhauses der Mietpreis des Geschäftslokales vom



Hauseigentümer so weit angehoben wurde, dass die Fixkosten die Einnahmen defacto überstiegen und somit die Wirtschaftlichkeit eines Weiterführens des Verkaufes nicht mehr gegeben war.

Unweit davon befindet sich ein Ecklokal, in welchem lange eine Parfümerie



eingemietet war. Plötzlich logierte dort ein Billigshop. Zwischenzeitlich steht auch dieses Geschäftslokal seit geraumer Zeit leer.

Kleine Firmen werden verdrängt, die Nahversorgung für die Bürger unseres Bezirkes wird immer schlechter.

Wir können leider nur aufzeigen, wie sich unser einst so schöner Bezirk zu seinem Nachteil verändert.

BR Gertrude Tickert





Fotos: Internet

Brennpunktschulen

Vor kurzem wurde eine aktuelle Zusammenfassung von Daten der Statistik Austria veröffentlicht, wonach Österreichweit 23,8% aller Schüler eine andere Umgangssprache als Deutsch sprechen. In Wien beträgt dieser Prozentsatz allerdings schon 50%, in der Brigittenau liegt der Prozentsatz noch weit höher.

Die ungezügelter Masseneinwanderung hat neben der schon Jahrzehnte lang falsch geführten Einwanderungspolitik dieses Ergebnis voraussehen lassen.

Wie geht man nun im Unterrichtsministerium damit um?

Man setzt längst nicht mehr auf eigene Leistung und Bemühung die deutsche Sprache zu erlernen, sondern erklärt Standorte mit mehrheitlich nicht Deutsch sprechenden Kindern zu „Brennpunktschulen“.

Es hätte der FPÖ nicht gut bekommen, diesen gar nicht unpassenden Begriff zu wählen.

Nicht genug damit, werden anderen Schulen – nicht nur in Wien – somit weniger finanzielle Ressourcen in Aussicht gestellt, um diesen Missstand zu beheben.

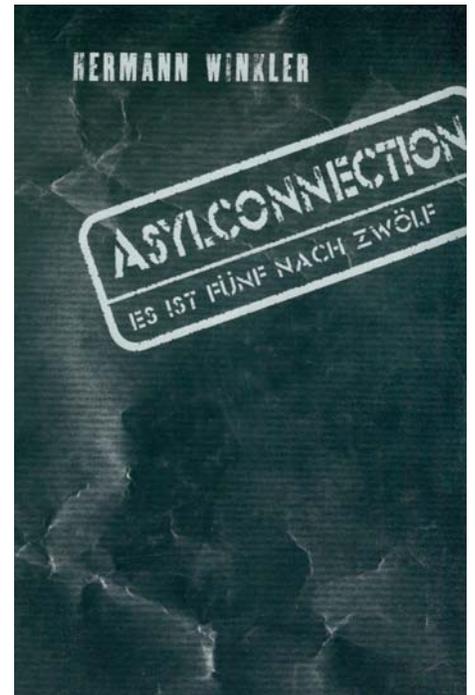
Die immer wieder betonte Chancengleichheit gibt es also nicht mehr.

Zuwandererkinder und Kinder von absolut sich jeglicher Integration verweigernden Eltern werden überproportional gefördert, während oft talentierte Kinder mit unserer Muttersprache auf der Strecke bleiben.

BR Susanne Chirkov



Asylconnection - Mindestsicherung



Die Mindestsicherung in Wien kollabiert aufgrund der zahlreich in Österreich aufhältigen und nach Wien strömenden Asyl- bzw. subsidiär Schutzberechtigten.

In Österreich wird, gemessen im europäischen Vergleich, seit vielen Jahren viel zu leichtfertig Asyl gewährt. Damit die Öffentlichkeit von dieser Praxis erfährt hat im Jahre 2004 ein Polizeijurist aus Salzburg sogar ein Buch „Asylconnection – Es ist fünf nach zwölf“ herausgegeben. Leider hat sich seither nicht viel verändert, außer, dass der Asylgerichtshof installiert wurde. Dadurch werden die Verfahren schneller behandelt und es ist auch rascher klar, ob jemand asylberechtigt ist oder nicht. Da es sehr oft für keine Berechtigung reicht, geben diese „Schein-Asylanten“ an, dass sie in ihren angegebenen Herkunftsländern verfolgt werden und mit Folter oder dem Tode bedroht sind. Somit können sie nicht in diese angeblichen Herkunftsländer abgeschoben werden und genießen mit allen Vorzügen unser Sozialsystem, sprich Mindestsicherung.

Der Skandal an der Sache ist aber, dass oft kein einziger Hinweis vorhanden ist, ob der/die Betreffende tatsächlich aus dem angegebenen Land stammt, tatsächlich so heißt und sie/ihn tatsächlich dieses Schicksal erwarten würde. Denn die österreichischen Behörden werden bei den Erstbefragungen (Asylinter-

views) sehr oft nach Strich und Faden angelogen und mit Fantasie-Identitäten konfrontiert. Dabei spielen auch so manche Dolmetscher eine fragliche Rolle.

Und diesen Wahnsinn müssen die österreichischen Steuerzahler noch finanzieren. Es wird für die Zukunft unumgänglich sein, nur mehr jene als subsidiär Schutzberechtigte gelten zu lassen, die ihre Bedrohung auch glaubhaft machen können und nicht bloß auf unüberprüfbar Behauptungen stützen!

AUFGEDECKT!
Schlimmster Asyl-Betrug
530 000 EURO! Jordanier (18) erschleicht Krankenhaus-Leistungen
470 000 EURO! 10-köpfige Familie erlügt sich jahrelang Stütze
275 000 EURO! Sozialamt finanziert illegalen Autohandel

Mindestsicherung - Auszug von der HP der Stadt Wien:

Anspruchsberechtigt sind:

- Österreichische StaatsbürgerInnen.
- EU- bzw. EWR-BürgerInnen (Anspruch nur unter bestimmten Voraussetzungen).
- Asylberechtigte bzw. subsidiär Schutzberechtigte.
- Langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige (Aufenthaltstitel „Daueraufenthalt-EU“) bzw. Personen, die über einen Aufenthaltstitel „Niederlassungsnachweis“ oder „unbefristeter Aufenthaltstitel“ verfügen.

Die AntragstellerInnen sind grundsätzlich verpflichtet, ihren Arbeitswillen nachzuweisen (Meldung beim AMS). Davon ausgenommen sind Personen, denen keine Arbeit zugemutet werden kann.

Bei einem Einkommen unter dem Mindeststandard können ergänzende Leistungen in Anspruch genommen werden, sodass ein Mindesteinkommen gesichert ist.

Die Mindestsicherung wird zwölfmal im Jahr ausbezahlt.

LESERBRIEFE - LESERBRIEFE - LESERBRIEFE - LESERBRIEFE - LESERBRIEFE

Ohne Doppelstaatsbürgerschaft gäbe es kein Problem mit Erdogan!



Niemand spricht Klartext: Ohne die verdeckte Möglichkeit einer Doppelstaatsbürgerschaft zu haben, hätten wir die Probleme mit Erdogan auch nicht! Warum sollte er seine ehemaligen Landsleute vor einer Wahl aufsuchen, wenn sie keine Wahlberechtigung in der Türkei haben? (Warum fährt Erdogan z.B. nicht nach Ungarn?) Wenn je-

mand auf seine frühere Staatsangehörigkeit wert legt, beweist er damit, dass er hier noch nicht angekommen ist! Anders formuliert, um die österreichische Staatsbürgerschaft wird nur angesucht, um an den Vorteilen eines demokratischen Landes mit seinem sozialen Standard mitpartizipieren zu können, ohne dabei das Land als neue Heimat zu betrachten!

Als mir die österreichische Staatsbürgerschaft in Aussicht gestellt wurde, war dazu als Kriterium ein Nachweis über die Entlassung aus dem ungarischen Staatsverband beizulegen. Nachdem mein diesbezügliches Ansuchen von der damaligen kommunistischen Regierung Ungarns abgelehnt wurde und ich diese Ablehnung bei den österreichischen Behörden vorlegte, habe ich die österreichische

Staatsbürgerschaft erhalten. Gleich nach der Verleihung habe ich erneut den Antrag um die Entlassung gestellt und da die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft nicht mehr verhindert werden konnte, wurde ich entlassen.

Mag. Stephan Szekely (1120 Wien)



„Nur eine Schreibübung“

Ich wollte mich in Sachen Fremdsprachen ein wenig weiterbilden und besuchte deshalb an einem Bildungsinstitut in Wien einen Anfängersprachkurs für eine asiatische Sprache. Als Hausübung bekamen wir einen Zettel mit Schreibübungen. Höchst motiviert begann ich diesen auszufüllen – bis zum vorletzten Wort (Foto). In der nächsten Stunde beschwerte ich mich bei der Kursleiterin, da ich gerade dieses Wort für eine simple Schreibübung

höchst unpassend finde. Doch die Kursleiterin (seit Jahrzehnten in Österreich) entgegnete mir: „Es ist ja nur eine Schreibübung. Was regen Sie sich da auf?“

Karin V., 1200 Wien

12)	Shampoo	sham/pu	(2 Silben)
13)	Venezia	ve/ne/tzi/a	(4 Silben)
14)	Budapest	bu/dap/e/s/	(5 Silben)
15)	Nazi	na/tsi	(2 Silben)
16)	Welcome	wei/köm	(2 Silben)

E-Herd mit Selfmade-Anschluss

Ich staunte nicht schlecht, als meine Nachbarn ohne Muh und Mäh zu sagen ausgezogen sind; hatte ich ihnen doch öfters den Kühlschrank aufgefüllt und die Enkelkinder mit Spielzeug versorgt (als Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien hatten sie ja nicht viel). Eine ihrer Hinterlassenschaf-

ten am Gang war unter anderem ihr E-Herd. Mit diesem selbst gebastelten Anschluss. Ein wahrer (Alb-)Traum für jeden Elektriker?!
Karin V., 1200 Wien



Baum und Biber

Die Rückkehr einst von Menschenhand vertriebener Wildtiere ist grundsätzlich erfreulich. So auch jene des Bibers an die Ufer von Donau, Neuer wie Alter Donau und Donaukanal. Die an den in Wien verbauten Ufern allerdings nur sehr eingeschränkt geeignete Lebensräume für den Biber bieten. Dieser will und muß trotzdem fressen, wo er schon mal – wieder – da ist. Und so entstehen teils beträchtliche Verluste in der Ufervegetation. Die mittlerweile zahlreichen bibergefällten Bäume jeglicher Umfänge sind weithin sichtbar. Sie sind aber kein landschaftskosmetisches Problem, sondern: verschwinden zu viele Bäume hat das unmittelbare Auswirkungen auf andere Arten, etwa Vögel, die in den Baumkronen Nistplätze, Schutz und Nahrung finden.

Es ist also legitim sich über die Rückkehr des Bibers zu freuen, andererseits aber ist es unerlässlich ein Konzept zu erstellen, das zu hohe Baumverluste abzuwenden hilft. Etwa durch die – rechtzeitige – Anbringung von Drahtgittern oder ungiftige Anstriche.





Fotos: Böhm

KINDERFASCHING 2017



Foto: Sehner



Wallensteinplatzfest! 13. 5. 2017

von 7:00h bis 18:00h

Flohmarkt: 7:00h - 14:00h

Musik: 10:00h - 18:00h

Luftburg ab 12:00h, Kinderschminken ab 13:00h



Wir informieren, beraten,
kontrollieren und vertreten!

DER SCHLÜSSEL ZU IHREM RECHT!

UNABHÄNGIG

KOMPETENT

EINSATZBEREIT

UNBEUGSAM

NUR DEN INTERESSEN SEINER MITGLIEDER VERPFLICHTET!

Telefon: 0664/845 30 88

Web: www.mieterschutzring.at

Email: buero@mieterschutzring.at

Adresse: 1, Bartensteingasse 14 Top 9, 1010 Wien

Ring Freiheitlicher Jugend RFJ 2/20

Engagiert auf der „Insel“

„Geselliges - Sportliches - Informatives“

Radfahren, Bowling, Klettern oder Praterbesuch
Vortrags- und Informationsveranstaltungen

Schach der Langeweile - melde Dich unter

0664 8851 77 70

franz.lindenbauer@fpoe-wien.at



Liebe Brigittenuaerinnen, Liebe Brigittenuaer,

Sie haben ein Anliegen oder wissen von einem Missstand in der Brigittenua, den Sie aufzeigen und bearbeitet haben wollen?

Wir, die von Ihnen gewählten freiheitlichen Mandatäre im Gemeinderat und in der Bezirksvertretung, setzen uns gerne für Sie ein!

Sie wollen regelmäßig unseren „Klartext“ per Post und über unsere Veranstaltungen, Stammtische und Feste informiert werden?

Lassen Sie sich in unsere Interessentenliste eintragen.

Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns.

Wir freuen uns auf Sie!

Tel: +43 1 330 66 66

E-Mail: brigittenua@fpoe-wien.at